

SPD will 30 000 € für neue Zechenstraßen-Bahnbrücke reservieren

Geschrieben von Silvia Rinke am 19. November 2014 in Politik+Gesellschaft, Tagesthema, Verkehr, Wirtschaft+Handel

Anders als die CDU und die Freien Wähler möchte die SPD die finanziellen Verbesserungen im städtischen Haushalt nicht ausschließlich zur Steuersenkungen verwenden.

Wie berichtet, winkt rund eine Dreiviertelmillion unverhofft zusätzlich, u. a. dank niedrigerer Kreisumlage und mehr Geld aus den "Schlüsselzuweisungen" von Land und Bund.

Davon müssen 30.000 Euro für die Planungen eines neuen Bahnübergangs an der Zechenstraße übrig bleiben, fordert die SPD-Fraktion unter ihrem neuen Vorsitzenden Volker König. Dieser kennt die Verkehrsverhältnisse an der Zechenstraße aus eigener Anschauung schon deswegen besonders gut, weil er selbst in Königsborn wohnt. Daher warnt er auch: "Der Sanierungsbedarf des maroden Bahnübergangs hat in den letzten Wochen noch einmal deutlich zugenommen."

Der direkte Anschluss der Zechenstraße an die Hammer Straße müsse in jedem Fall gewährleistet bleiben, schreibt die SPD-Fraktion in einem gestern vorgelegten Antrag an den Rat. "Denn diese Verbindung wird in alle Richtungen stark frequentiert wird und ist für den gesamten Stadtteil von großer Bedeutung."

Eine zeitnahe Planung sofort im kommenden Jahr sieht die SPD deshalb für unerlässlich an. Auch deshalb, weil der Bund für 2016 ein Infrastrukturprogramm in Höhe von 10 Mrd. Euro angekündigt hat. "Um auf dieses Geld rechtzeitig zugreifen zu können, müssen wir auf kommunaler Ebene entsprechende Vorbereitungen treffen." Konkret: Den neuen Bahnübergang baufertig planen (lassen).

Untersuchungen der 39 Brücken im Stadtgebiet hatten vor einem Jahr einen eklatanten Sanierungsbedarf des Zechenstraßen-Übergangs ergeben. Durch chemische Vorgänge hatte der Beton seine korrosionsschützenden Eigenschaften verloren, informierte die Stadt damals aus der gutachterlichen Feststellung. Dieses Schadensbild sei auch von vielen anderen Brücken in Deutschland aus dieser Zeit bekannt.

Dabei geht nach einer gewissen Zeit die Schutzschicht des Armierungseisens verloren. Dieses rostet, dehnt sich aus und macht den Beton mürbe. Der Vorgang ist schleichend und nicht umkehrbar. Eindringendes Wasser und Frost-/Tauperioden beschleunigen ihn noch.

Auf der Grundlage des Gutachtens leitete die Stadt unverzüglich Sofortmaßnahmen ein: Tonnagebegrenzung auf 30 t und Tempolimit von 30 km/h. "Ein weitergehender Handlungsbedarf besteht lt. Gutachten erst in 2015", schreibt die Stadt in ihrer damaligen Pressemitteilung. Das wäre also ab Januar. Für 2014 richtete die Stadt vorsorglich "eine konsequente engmaschige Bauwerksüberwachung" ein.

Als wirtschaftlichste Variante stellte der Gutachter vor einem Jahr eine komplett neue Brücke dar. Kosten: etwa 1,3 Mio. €.

